

ESV

Für Gitta, Thomas und Andreas

Datenschutz in der Kommunalverwaltung

Recht – Technik – Organisation

Von

Dr. jur. Martin Zilkens

Leitender Städtischer Rechtsdirektor

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Düsseldorf

3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 12953 9](http://ESV.info/9783503129539)

1. Auflage 1991
2. Auflage 2008
3. Auflage 2011

ISBN 978 3 503 12953 9

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2011
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond 10/12 Punkt

Satz: multitext, Berlin
Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort

Seit Erscheinen der zweiten Auflage sind drei Jahre vergangen. In diesem Zeitraum haben sich, soweit kommunale Aufgabenfelder betroffen sind, Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Datenschutzrecht in einem atemberaubenden Tempo weiterentwickelt; Grundlagen und Erkenntnisse erscheinen in weiten Teilen in einem neuen Licht. In der Praxis wurden viele neue Sachverhalte datenschutzrechtlich bewertet. So ergab sich die Notwendigkeit, den Inhalt des Handbuches grundlegend neu zu bearbeiten.

Nach konstruktiver und hilfreicher Kritik der Leserschaft, verbunden mit sinnvollen Hinweisen und Anregungen zur zweiten Auflage, habe ich die Überzeugung gewonnen, dass das Werk deutlich verbessert werden kann, wenn wesentliche Teile des Inhalts noch einmal neu formuliert werden. Die Entscheidung dazu fiel umso leichter, als sich schon bald abzeichnete, dass viele Themenfelder nicht einfach aktualisiert, sondern weitgehend neu konzipiert werden mussten; andere ergaben sich zusätzlich als Konsequenz aus der praktischen Arbeit. Damit einhergehend habe ich den Stoff klarer geordnet, um ihn eingängig, lebendig und überschaubar darstellen zu können. Es war mir dabei ein wesentliches Anliegen, die nicht immer einfache, teilweise recht trockene Materie in einer gut lesbaren, verständlichen und die Einprägsamkeit fördernden Sprache darzustellen. In diesem Sinne wurden Rechtsnormen, soweit dies möglich war, aus dem Text herausgenommen und in Fußnoten platziert, um die Aussagen anschaulich zu betonen. Der Charakter eines Nachschlagewerkes, das sich gut zum Einstieg in datenschutzrechtliche Themenfelder eignet, wurde ausgebaut.

Neu hinzugekommen ist eine Darstellung des vom BVerfG neugeschaffenen Rechts auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Im bereichsspezifischen Datenschutz wurden die Abschnitte zum *öffentlichen Gesundheits-* und *Ausländerwesen* neu konzipiert, zum *Melde-, Pass- und Personalausweiswesen* und zur *Ratsarbeit* vollständig neu bearbeitet und Abschnitte zum *Straßenverkehrswesen* und zum *Betriebsarzt* eingefügt. Aktuelle Themen wurden ergänzt. Der Datenschutz im *Personalwesen* mit seinen neuen Rechtsgrundlagen wurde um das Thema *betriebliches Eingliederungsmanagement* ergänzt und mit den grundlegend überarbeiteten Abschnitten zum Datenschutz am *Arbeitsplatz* und zur Datenschutzfunktion der Personalvertretung in einem Kapitel zusammengefasst. Der *nicht-öffentliche Datenschutz* wurde nach den tiefgreifenden Änderungen des BDSG von 2009 neu bearbeitet, ebenso das *em-*

Vorwort

ropäische Datenschutzrecht. Das *Informationszugangsrecht* wurde gründlich neu verfasst und um zwei Abschnitte zu einem besonderen Teil – *Umweltinformationsrecht* und *Verbraucherinformationsrecht* – erweitert. Die weiteren Kapitel wurden sämtlich aktualisiert. Insgesamt wurden die Hinweise in den Fußnoten auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur bis Anfang Oktober 2010 erneuert und Randnummern neu vergeben.

Die behandelten Bereiche habe ich exemplarisch aus dem weiten Aufgabenfeld der Gemeinde zusammengestellt. Geschrieben auf der Grundlage nordrhein-westfälischen Landesrechts, sind durchgängig auch Bestimmungen der übrigen Bundesländer berücksichtigt. Damit ist das Werk für die Arbeit in allen Kommunen Deutschlands eine nützliche Hilfe. Es richtet sich nicht nur an Mitarbeiter im Hauptamt, in der Informationstechnik und im Rechtsamt sowie an behördliche Datenschutzbeauftragte, sondern ist von Interesse für alle Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten zu tun haben.

Meinem Stellvertreter, Herrn Dirk Kohlhouse, danke ich für seinen fachlichen Rat in technischen Fragen und seine wertvolle Unterstützung und unermüdliche Förderung des Manuskriptes. Mein Dank gilt besonders auch dem Team der Verwaltungsbücherei der Landeshauptstadt Düsseldorf für die stets zuverlässige Hilfe bei der Recherche nach aktueller Literatur und Rechtsprechung.

Hinweise und konstruktive Kritik sind mir jederzeit willkommen. Meine E-Mail-Adresse lautet: martin.zilkens@duesseldorf.de

Düsseldorf, im Januar 2011

Der Verfasser

Inhaltsübersicht

	Seite
Kapitel 1: Die informationelle Selbstbestimmung	49
I. Einleitung	49
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	53
III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	56
IV. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	61
Kapitel 2: Rechtsgrundlagen des Datenschutzes	67
I. Europäischer Einfluss	67
II. Verfassungsrechtliche Verankerung	69
III. Einfachgesetzliche Grundlagen	73
IV. Untergesetzliche Normen	79
V. Gewohnheitsrecht	83
VI. Das Auffinden der richtigen Rechtsgrundlage	83
VII. Die datenschutzrechtliche Bewertung von Datenübermittlungen .	85
Kapitel 3: Begriffe	87
I. Verantwortliche Stelle	87
II. Betroffene Person	88
III. Dritter	89
IV. Personenbezogenes Datum	90
V. Automatisiertes Verfahren	95
VI. Datei und Akte	96
VII. Anonymisierung und Pseudonymisierung	98
Kapitel 4: Phasen der Datenverarbeitung	101
I. Vorbemerkung	101
II. Erheben	102
III. Speichern	104
IV. Verändern	106
V. Übermitteln, Weitergeben	106
VI. Sperren	107
VII. Löschen	108

Inhaltsübersicht

VIII. Nutzen	109
Kapitel 5: Allgemeine Schutzbestimmungen	111
I. Datengeheimnis	111
II. Geheimnisschutz und Datenschutz	115
III. Automatisierte Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	122
IV. Straf- und Bußgeldvorschriften	122
Kapitel 6: Allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente	125
I. Zweckbindungsgrundsatz	125
II. Verhältnismäßigkeitsprinzip	132
III. Trennungsgebot	135
IV. Transparenzgebot	135
V. Herstellung praktischer Konkordanz	136
VI. Audit und Zertifizierung	137
Kapitel 7: Rechte des Betroffenen	143
I. Auskunft und Einsichtnahme	143
II. Informantenschutz	148
III. Verzeichnisse	151
IV. Schadensersatz	159
V. Widerspruch	159
VI. Unterrichtung	161
VII. Berichtigung, Sperrung, Löschung	161
VIII. Anrufung des Landesbeauftragten für Datenschutz	162
Kapitel 8: Zulässigkeit der Datenverarbeitung	165
I. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	165
II. Rangverhältnis zwischen Einwilligung und Rechtsvorschrift	166
III. Verarbeitungserlaubnis durch Datenschutzgesetze oder andere Rechtsvorschriften	167
IV. Verarbeitungserlaubnis durch Einwilligung	168
Kapitel 9: Bereichsspezifischer Datenschutz	173
I. Datenschutz im Sozialrecht	173
II. Datenschutz im öffentlichen Gesundheitsdienst	193
III. Datenschutzrechtliche Aspekte der Arbeit des betriebsärztlichen Dienstes in der Kommune	211
IV. Datenschutz im Ausländerwesen	223
V. Datenschutz im Melderecht	241
VI. Datenschutz im Pass- und Personalausweiswesen	255
VII. Datenschutz in der Schule	266

Inhaltsübersicht

VIII.	Schulpsychologische Beratung und Datenschutz	287
IX.	Datenschutz bei der Ratsarbeit	300
X.	Datenschutz im Straßenverkehrswesen	327
Kapitel 10: Beschäftigtendatenschutz		349
I.	Datenschutz im Personalwesen	349
II.	Datenschutz am Arbeitsplatz	374
III.	Datenschutzgerechte Telearbeit	395
IV.	Datenschutz bei Zeiterfassungssystemen	409
V.	Die Datenschutzfunktion der Personalvertretung	420
Kapitel 11: Datenschutz bei kommunalen Belangen		425
I.	Die Kommune im Internet	425
II.	Auftragsdatenverarbeitung	455
III.	Videoüberwachung	471
IV.	Datenschutzgerechte Befragungen	481
Kapitel 12: Datenschutzkontrolle und Aufsicht		493
I.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	493
II.	Allgemeine Datenschutzaufsicht	503
Kapitel 13: Dienstanweisung/Geschäftsordnung		515
I.	Notwendigkeit	515
II.	Rechtscharakter	516
III.	Struktur und Umfang	516
IV.	Regelungsinhalte	518
V.	Beispiel einer Geschäftsordnung Datenschutz	523
Kapitel 14: Technischer Datenschutz: Datensicherheit		535
I.	Datensicherheit und IT-Sicherheit	535
II.	Organisatorischer und technischer Datenschutz: Parameter	540
III.	Sicherheitskonzeptionen	541
IV.	Organisatorische und technische Bedingungen eines datenschutzgerechten technikunterstützten Arbeitsplatzes	551
V.	Die datenschutzgerechte IT-Infrastruktur der Kommune	567
Kapitel 15: Datenschutz im nicht-öffentlichen (privaten) Bereich des kommunalen Umfelds		579
I.	Unterschiedliches Datenschutzrecht im privaten und im öffentlichen Bereich – Verfassungsrechtliche Ursachen	579
II.	Relevanz für den kommunalen Sektor	580
III.	Anwendungsbereich und Grundzüge der Regelung des BDSG ...	581
IV.	Unterschiede zum Landesrecht	586

Inhaltsübersicht

V.	Aktuelle Entwicklung zur Modernisierung des nicht-öffentlichen Datenschutzes	588
Kapitel 16: Europäisches Datenschutzrecht		591
I.	Einleitung	591
II.	Europäische Rechtsquellen zum Datenschutz	591
III.	Datenschutzbeauftragter der EU	598
IV.	Datenschutzrechtliche Vorhaben und Projekte	599
V.	Ausblick	602
Kapitel 17: Öffentliches Informationszugangsrecht		605
I.	Öffentliches Informationszugangsrecht als Paradigmenwechsel ...	605
II.	Allgemeines Informationszugangsrecht: Das Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene	609
III.	Der besondere Informationszugangsanspruch nach dem Umweltinformationsgesetz	627
IV.	Der besondere Informationszugangsanspruch nach dem Verbraucherinformationsgesetz	634

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	39
KAPITEL 1	
Die informationelle Selbstbestimmung	
I. Einleitung	49
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht	53
III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	56
IV. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	61
1. Bedeutung und dogmatische Herleitung	61
2. Schutzbereich	62
3. Grundrechtseingriff	63
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	63
a) Anforderungen an die Ermächtigungsgrundlage	63
b) Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit	64
c) Der absolut geschützte Kernbereich privater Lebensgestaltung	65
5. Praktische Relevanz	65
KAPITEL 2	
Rechtsgrundlagen des Datenschutzes	
I. Europäischer Einfluss	67
II. Verfassungsrechtliche Verankerung	69
1. Grundgesetz	69
2. Landesverfassungen	72
III. Einfachgesetzliche Grundlagen	73
1. Allgemeines Datenschutzrecht	73
a) Öffentliche Stellen der Länder und Gemeinden – Landesdatenschutzgesetze	74
aa) Adressaten	74
	11

Inhaltsverzeichnis

bb) Sachlicher Anwendungsbereich	75
cc) Zulässigkeit der Datenverarbeitung	75
b) Öffentliche Stellen des Bundes und Nicht-öffentliche Stellen – Bundesdatenschutzgesetz	76
aa) Adressaten	76
bb) Sachlicher Anwendungsbereich	77
cc) Zulässigkeit der Datenverarbeitung	77
2. Bereichsspezifisches Datenschutzrecht	77
a) Gesetze mit einzelnen Bestimmungen zum Datenschutz ..	78
b) Eigene Gesetze über den Datenschutz in einem besonderen Bereich	78
IV. Untergesetzliche Normen	79
1. Rechtsverordnungen	79
2. Satzungen	80
3. Verwaltungsvorschriften, Geschäftsordnungen/Dienst- anweisungen, Dienstvereinbarungen, Ratsbeschlüsse	81
a) Verwaltungsvorschriften, Geschäftsordnungen und Dienstanweisungen	81
b) Dienstvereinbarungen	82
c) Ratsbeschlüsse	83
V. Gewohnheitsrecht	83
VI. Das Auffinden der richtigen Rechtsgrundlage	83
VII. Die datenschutzrechtliche Bewertung von Datenübermittlungen .	85

KAPITEL 3

Begriffe

	87
I. Verantwortliche Stelle	87
II. Betroffene Person	88
III. Dritter	89
IV. Personenbezogenes Datum	90
V. Automatisiertes Verfahren	95
VI. Datei und Akte	96
1. Begriff der Datei im BDSG	96
2. Datei und Akte im DSG NRW	97
VII. Anonymisierung und Pseudonymisierung	98
1. Anonymisierung	98
2. Pseudonymisierung	99

Inhaltsverzeichnis

KAPITEL 4		
Phasen der Datenverarbeitung		101
I.	Vorbemerkung	101
II.	Erheben	102
III.	Speichern	104
IV.	Verändern	106
V.	Übermitteln, Weitergeben	106
VI.	Sperren	107
VII.	Löschen	108
VIII.	Nutzen	109

KAPITEL 5		
Allgemeine Schutzbestimmungen		111
I.	Datengeheimnis	111
II.	Geheimnisschutz und Datenschutz	115
	1. Inhalte des Geheimnisschutzes	115
	a) Begriff	115
	b) Geheimnisherr und Geheimnisträger	115
	c) Wesen und Schutzgut	115
	d) Funktion und Schutzzweck	115
	2. Kategorien des Geheimnisschutzrechts	116
	3. Rechtsgrundlagen	116
	a) Wichtige Amtsgeheimnisse im kommunalen Kontext	117
	b) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	119
	c) Berufsgeheimnisse	119
	4. Verhältnis zum Datenschutzrecht	119
	5. Verhältnis zum Informationszugangsrecht	121
III.	Automatisierte Abrufverfahren und regelmäßige Datenübermittlung	122
IV.	Straf- und Bußgeldvorschriften	122

KAPITEL 6		
Allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente		125
I.	Zweckbindungsgrundsatz	125
	1. Begriff	125
	2. Zweckidentität	125
	a) Umfang und Feststellung des Verwendungszwecks	126
	b) Beispiele für bestehende Zweckidentität	126
	c) Zweckbindung ohne vorherige Erhebung	127
	3. Ausnahmen	127

Inhaltsverzeichnis

a)	Zweckänderung aufgrund Rechtsvorschrift	128
b)	Zweckänderung zur Wahrnehmung zugewiesener Einzelaufgaben	128
c)	Einwilligung	128
d)	Mutmaßliche Einwilligung	128
e)	Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten	129
f)	Allgemein zugängliche Daten	129
g)	Gemeinwohlbelange	130
h)	Repressive Maßnahmen des Straf- und Ordnungsrechts ...	130
i)	Wissenschaft und Forschung	130
j)	Datennutzung zur Wahrnehmung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen sowie zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken	131
4.	Besonderer Geheimnisschutz schränkt Zweckänderungen ein .	131
5.	Beispiel: Zweckänderung von Autobahnmaut-Daten?	132
II.	Verhältnismäßigkeitsprinzip	132
1.	Verfassungsmaßstab für die gesetzlichen Datenverarbeitungs- regelungen	132
2.	Erforderlichkeitsgrundsatz	133
3.	Datenvermeidung und Datensparsamkeit	134
III.	Trennungsgebot	135
IV.	Transparenzgebot	135
V.	Herstellung praktischer Konkordanz	136
VI.	Audit und Zertifizierung	137
1.	Begriffe	137
2.	Kritik	138
3.	Aktuelle Rechtslage	138
4.	Sonderweg von Schleswig-Holstein	139
a)	Ablauf des Datenschutzaudits	140
b)	Zertifizierung von Produkten	140
c)	Zertifizierung von Sachverständigen	141
d)	Bremen	141
5.	Fazit	142

KAPITEL 7

Rechte des Betroffenen

		143
I.	Auskunft und Einsichtnahme	143
1.	Auskunft	143
2.	Einsichtnahme in Akten	144
3.	Verhältnis von Auskunft und Einsichtnahme	145
4.	Akteneinsicht im Verwaltungs- und im Verwaltungs- gerichtsverfahren	146

Inhaltsverzeichnis

a) Verwaltungsverfahren	146
b) Verwaltungsgerichtsverfahren	147
5. Akteneinsicht aus Art. 19 Abs. 4 GG	147
II. Informantenschutz	148
1. Problemstellung	148
2. Geheimhaltung wegen Gefährdung der behördlichen Aufgabenerfüllung	149
a) Geheimhaltungsinteresse der Verwaltung	149
b) Güterabwägung	149
3. Geheimhaltung wegen berechtigter Interessen dritter Personen	150
4. Drittinteressen in bereichsspezifischen Regelungen	151
a) Personalakten im öffentlichen Dienst	151
b) Sicherheitsakten	151
III. Verfahrensverzeichnis	151
1. Historie	152
2. Gesetzliche Grundlagen	153
3. Führung	153
4. Zusammenhang mit Vorabkontrollen	154
5. Anlage: Der Inhalt des Verfahrensverzeichnisses eines einzelnen Verfahrens nach § 8 DSGVO NRW	155
IV. Schadensersatz	159
V. Widerspruch	159
VI. Unterrichtung	161
VII. Berichtigung, Sperrung, Löschung	161
VIII. Anrufung des Landesbeauftragten für Datenschutz	162

KAPITEL 8

Zulässigkeit der Datenverarbeitung 165

I. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	165
II. Rangverhältnis zwischen Einwilligung und Rechtsvorschrift	166
III. Verarbeitungserlaubnis durch Datenschutzgesetze oder andere Rechtsvorschriften	167
1. Das Verhältnis von Bundes- zu Landesdatenschutzrecht	167
2. Das Verhältnis von allgemeinem zu bereichsspezifischem Datenschutzrecht	167
a) Bundesrecht bricht Landesrecht?	167
b) Gesetzeskonkurrenz	168
IV. Verarbeitungserlaubnis durch Einwilligung	168
1. Rechtsnatur der Einwilligung	168
2. Besonderheiten der datenschutzrechtlichen Einwilligung	169

Inhaltsverzeichnis

a) Vorherige Information des Betroffenen	169
b) Bestimmtheit	170
c) Form der Einwilligung	170
d) Zeitpunkt	171
e) Widerruf der Einwilligung	171

KAPITEL 9

Bereichsspezifischer Datenschutz	173
I. Datenschutz im Sozialrecht	173
1. Einleitung	173
2. Kommunale Anwendungsfelder des Sozialdatenschutzes	173
3. Grundlagen des allgemeinen Sozialdatenschutzes	175
a) Sozialgeheimnis	175
b) Begriff der Sozialdaten	175
c) Allgemeine Rechtsprinzipien und Instrumente	176
d) Erhebung von Sozialdaten	176
aa) Erhebung beim Betroffenen	176
bb) Hinweispflichten bei der Datenerhebung	177
cc) Erhebung bei Dritten	178
dd) Erhebungsmodalitäten	179
(1) Auskunftersuchen	179
(2) Einsatz von Ermittlungspersonen	180
ee) Unzulässige Datenerhebung	180
e) Übermittlung von Sozialdaten	180
aa) Einzelne Übermittlungstatbestände	181
bb) Beispiel: Übermittlung von Sozialdaten, die zugleich Daten von Nicht-EU-Ausländern sind	182
cc) Datenabgleiche zur Missbrauchsbekämpfung	183
f) Sonstige Verarbeitung von Sozialdaten	183
g) Rechte der betroffenen Person	183
h) Technische und organisatorische Vorkehrungen	184
i) Sozialdatenverarbeitung im Auftrag	184
j) Datenschutz bei freien Trägern	184
4. Besondere Problemfelder	185
a) Aktenführung	185
b) Häufig wiederkehrende Fragestellungen	186
5. Sozialdatenschutzrechtliche Besonderheiten in der Jugendhilfe	187
a) Grundsätzliches	187
b) Besonderheiten bei der Datenerhebung	187
aa) Mitwirkungspflichten	187
bb) Datenerhebung auf Einwilligungsbasis	188
cc) Datenerhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen	188

Inhaltsverzeichnis

dd) Betroffener ist nicht zugleich Klient	189
c) Besonderheiten bei anderen Datenverarbeitungsphasen ...	190
aa) Datenspeicherung	190
bb) Datenübermittlung	190
(1) Verantwortliche Stelle	190
(2) Grundsätze	191
(3) Besonderheiten	191
d) Jugendhilfe und Justiz	191
e) Besonderer Vertrauensschutz bei anvertrauten Sozialdaten	192
f) Sonderregelungen für die Bereiche Beistandschaft, Ampflegschaft und Amtsvormundschaft	192
II. Datenschutz im öffentlichen Gesundheitsdienst	193
1. Die besondere Stellung des Gesundheitsamtes	193
a) Kreis und Kommune – kommunalverfassungsrechtliche Organisation	193
b) Abgrenzung zum betriebsärztlichen Dienst	193
c) Betroffene	194
2. Gesetzliche Aufgabenzuweisung	194
a) Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention	194
b) Gesundheitsschutz	195
c) Gesundheitshilfe	196
d) Erstellung von Gutachten	196
e) Sonderstellung Psychiatrie	196
3. Datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen	197
a) Landesrechtliche Grundlagen der Datenverarbeitung	197
b) Bundesrechtliche Grundlagen der Datenverarbeitung	200
c) Öffentlicher Informationszugang im Gesundheitsamt	201
d) Bedeutung der Schweigepflicht	202
4. Wiederkehrende Standard-Situationen	203
a) Die Arbeit von Clearingstellen	203
b) Die Einsätze im Rettungsdienst – Protokollierung, Übermittlung von Informationen an Dritte –	204
c) Amtsärztliche Untersuchungen und Ergebnismitteilungen	205
aa) Haft- und Reisefähigkeit	205
bb) Diensttauglichkeit	206
cc) Prüffähigkeitsatteste	207
d) Die Organisation von Abrechnungen	207
e) Schulärztliche Untersuchungen	207
f) Amtliche Todesbescheinigungen	208
5. Datenverarbeitung im Auftrag	210
6. Resümee	210

Inhaltsverzeichnis

III.	Datenschutzrechtliche Aspekte der Arbeit des betriebsärztlichen Dienstes in der Kommune	211
	1. Einleitung	211
	2. Organisationsformen im kommunalen Bereich	212
	3. Aufgaben und Befugnisse des betriebsärztlichen Dienstes	213
	4. Zulässigkeit der Verarbeitung von Gesundheitsdaten der Bediensteten durch den Betriebsarzt	214
	a) Grundsätze des betriebsärztlichen Geheimnisschutzes	214
	aa) Schweigepflicht und gesetzliche Mitteilungsbefugnisse .	214
	bb) Ausdrückliche Einwilligung	215
	cc) Stillschweigende Einwilligung	216
	(1) Spezielle arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen	216
	(2) Allgemeine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen	217
	dd) Umfang der Information	217
	b) Korrelation mit datenschutzrechtlichen Vorgaben	218
	aa) Interner Betriebsarzt	218
	bb) Externer Betriebsarzt	219
	cc) Überlagerung der ärztlichen Schweigepflicht	221
	dd) Adressat der Datenübermittlung	221
	c) Wechsel des betriebsärztlichen Dienstes	221
	5. Fazit	222
IV.	Datenschutz im Ausländerwesen	223
	1. Vorbemerkung	223
	2. Grundlagen	224
	a) Umgang mit personenbezogenen Daten durch die Ausländerbehörden	224
	b) Ausländerzentralregister	224
	c) Betroffenenrechte	226
	3. Erhebung personenbezogener Daten	226
	a) Rechtsgrundlagen	226
	b) Aufgabenerfüllung	227
	c) Hinweispflichten	228
	4. Übermittlung personenbezogener Daten im Einzelfall	228
	a) Übermittlungen an Ausländerbehörden	228
	aa) Übermittlung auf Ersuchen	229
	bb) Übermittlung ohne Ersuchen	230
	(1) Unterrichtung über illegalen Aufenthalt	230
	(2) Unterrichtung über den Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung und sonstige Ausweisungsgründe	231

Inhaltsverzeichnis

(3) Unterrichtung bei Vaterschaftsanfechtungsrecht der zuständigen Behörde	231
(4) Unterrichtungspflicht bei besonderem Integrationsbedarf	232
(5) Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration	233
(6) Unterrichtung über Straf- und Bußgeldverfahren .	233
b) Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen	234
c) Verfahren bei identitätssichernden und feststellenden Maßnahmen	235
d) Übermittlungen durch Ausländerbehörden	235
aa) Unterrichtungspflichten	236
bb) Zusammenarbeit der Behörden	236
cc) Datenübermittlungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden	237
dd) Datenübermittlungen an die für die Durchführung des AsylbLG zuständigen Behörden	237
5. Übermittlung personenbezogener Daten in besonderen Fällen	238
a) Fundpapier-Datenbank	238
b) Register zum vorübergehenden Schutz	238
c) Datenverarbeitung im Asylverfahren	239
d) Datenverarbeitung nach dem „Antiterrorgesetz“	239
6. Speicherdauer und Löschung personenbezogener Daten	240
a) Vernichtung von Unterlagen über Ausweisung, Zurückschiebung und Abschiebung	240
b) Vernichtung von Mitteilungen	240
V. Datenschutz im Melderecht	241
1. Vorbemerkung	241
2. Grundlagen	242
a) Aufgaben der Meldebehörden	242
b) Richtigkeit und Vollständigkeit des Melderegisters	242
c) Meldegeheimnis	243
d) Zensus 2011	243
3. Rechte der Betroffenen	244
4. Einfache Melderegisterauskunft	245
5. Erweiterte Melderegisterauskunft	247
6. Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen	248
7. Regelmäßige Datenübermittlung in automatisierter Form ...	249
8. Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften	249

Inhaltsverzeichnis

9. Datenübermittlung an den Suchdienst	250
10. Melderegisterauskunft an Parteien und Wählergruppen	251
11. Melderegisterauskünfte an Adressbuchverlage sowie bei Alters- und Ehejubiläen	252
12. Gruppenauskünfte	253
13. Ausblick	254
VI. Datenschutz im Pass- und Personalausweiswesen	255
1. Vorbemerkung	255
2. Allgemeines	256
3. Der Reisepass	257
a) Passdaten	257
aa) Sichtbar aufgebrachte Angaben	257
bb) Maschinenlesbarer Teil	257
cc) Elektronisches Speicher- und Verarbeitungsmedium (RFID-Chip)	258
b) Speichern von Passdaten im Passregister	258
c) Sonstige Verarbeitung von Passdaten	259
d) Automatisierter Abruf von Passdaten	260
aa) Öffentlicher Bereich	260
bb) Nicht-Öffentlicher Bereich	260
e) Straf- und Ordnungswidrigkeiten	261
4. Der Personalausweis	261
a) Allgemeines	261
b) Funktion als Identitätsnachweis	261
aa) Sichtbar aufgebrachte Angaben	261
bb) Maschinenlesbarer Teil	262
cc) Elektronisches Speicher- und Verarbeitungsmedium (RFID-Chip)	262
c) Authentisierungsfunktion	264
d) Qualifizierte elektronische Signatur	264
e) Verarbeitung und automatisierter Abruf von Personal- ausweisdaten, Ordnungswidrigkeiten	265
5. Keine Verfielfältigung von Ausweispapieren	265
6. Zusammenfassung	265
VII. Datenschutz in der Schule	266
1. Einleitung	266
2. Entwicklung des Datenschutzrechts im Schulbereich	267
3. Datenverarbeitung	269
a) Datenverarbeitung in der Schule	269
aa) Verarbeitung personenbezogener Daten	269
bb) Mitwirkungspflicht der Betroffenen	270
cc) Zugangsberechtigung	271
dd) Beispiele aus der Praxis	271

Inhaltsverzeichnis

b) Datenverarbeitung durch die Lehrkräfte	277
4. Datenübermittlung (-austausch)	279
a) Übermittlung an bestimmte öffentliche Stellen	279
b) Übermittlung an sonstige öffentliche Stellen	281
c) Übermittlung an Personen oder Stellen außerhalb der Verwaltung	282
5. Einsichts- und Auskunftsrecht	285
6. Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Schule	286
7. Fazit	287
VIII. Schulpsychologische Beratung und Datenschutz	287
1. Rechtsgrundlagen	287
2. Aufgaben der schulpsychologischen Beratung und Formen der Hilfe durch die schulpsychologischen Dienste	288
3. Rechtlicher Rahmen des Beratungsverhältnisses	288
a) Beratungsverhältnis bei schülerbezogener Einzelfall- beratung	288
b) Beratungsverhältnis bei lehrerbezogener Beratung	289
c) Krisenintervention	289
4. Organisation schulpsychologischer Beratungsstellen in NRW	289
5. Datenerhebung – Einführungsgespräch	290
6. Interne Informationsweitergabe – Vorgaben durch Schweigepflicht und Datenschutzrecht	291
a) Weitergabe personenbezogener Informationen aus Einzelfallberatungen	292
b) Weitergabe anonymisierter Informationen aus Einzelfallberatungen	292
c) Weitergabe von Informationen aus einzelfall- übergreifenden Beratungen	292
d) Zwischenergebnis	293
7. Übermittlung schülerbezogener Informationen an externe Stellen	293
a) Übermittlung an Eltern Minderjähriger	293
b) Übermittlung an andere Stellen	294
8. Verarbeitung von Daten zu wissenschaftlichen Zwecken	294
9. Aktenführung	295
a) Anlage und Ordnung der Akten	295
b) Aktenablage	295
c) Akteneinsicht und Informationszugang	296
d) Akten- und Datenvernichtung	296
10. IT-Einsatz	297
a) Zugriff und Verschlüsselung	297
b) Datensicherheit	298

Inhaltsverzeichnis

c)	Online-Beratung	298
11.	Ergebnis – Leitlinien für den Inhalt eines Informations- blattes	299
IX.	Datenschutz bei der Ratsarbeit	300
1.	Ausschluss der Öffentlichkeit	300
a)	Keine inhaltlichen Vorgaben	302
b)	Generalklausel zur Interessenabwägung	302
aa)	Einwilligung des Betroffenen	303
bb)	Ausschluss der Öffentlichkeit für bestimmte Angelegenheiten	303
c)	Sitzungsteilnahme bei Nichtöffentlichkeit	306
d)	Verschwiegenheitspflicht von Rats- und Ausschuss- mitgliedern	306
e)	Weitere datenschutzrechtliche Vorgaben	307
aa)	Öffentliche Bekanntmachung der Tagesordnung	307
bb)	Transparenz von Beschlussinhalten	307
cc)	Datenübermittlung an Fraktionsmitglieder und Fraktionsmitarbeiter	309
f)	Öffentlichkeit durch Übertragungen in Medien	310
2.	Behandlung personenbezogener Daten innerhalb kommunaler Vertretungsgremien	311
a)	Rechtsgrundlage	311
aa)	Bereichsspezifische Vorgaben	312
bb)	Allgemeines Datenschutzrecht	313
cc)	Einwilligung	315
b)	Grundsatz der Datenvermeidung: Verzichtbarkeit personenbezogener Daten	315
aa)	Identität der Angelegenheiten in Rat und Ausschuss ...	315
bb)	Erforderliche Daten	316
c)	Datensicherheitsmaßnahmen	318
aa)	Tagesordnungen	318
bb)	Vorlagen/Drucksachen	318
cc)	Niederschriften	320
d)	Ratsinformationssysteme	320
aa)	Rechtliche Anforderungen	321
bb)	Datenschutz im Verhältnis Öffentlichkeit – Betroffener	322
cc)	Datenschutz innerhalb der Rats- und Ausschussarbeit	322
dd)	Datensicherheitsmaßnahmen	323
3.	Jugendparlamente	324
4.	Integrationsrat/-ausschuss, Seniorenbeirat, Behindertenbeirat .	326
5.	Zusammenfassung	327

Inhaltsverzeichnis

X.	Datenschutz im Straßenverkehrswesen	327
	1. Einleitung	327
	2. Kommunales Führerscheinwesen	328
	a) Verkehrszentralregister und Fahrerlaubnisregister	329
	aa) Verkehrszentralregister	329
	bb) Zentrales Fahrerlaubnisregister	329
	cc) Örtliche Fahrerlaubnisregister	330
	b) Inhalt der Fahrerlaubnisregister	330
	c) Verhältnis von örtlichen und dem zentralen Fahrerlaubnisregister	331
	d) Auskunft und Datenübermittlung aus Fahrerlaubnis- registern	332
	aa) Auskunft von Privatpersonen	332
	bb) Datenübermittlung aus Fahrerlaubnisregistern	332
	cc) Abruf im automatisierten Verfahren	333
	dd) Datenübermittlung an die Fahrerlaubnisbehörde	333
	ee) Auskunft an Stellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	335
	e) Übermittlung und Nutzung von Daten für wissen- schaftliche, statistische und gesetzgeberische Zwecke	336
	aa) Wissenschaftliche Zwecke	336
	bb) Statistische Zwecke	337
	cc) Gesetzgeberische Zwecke	337
	f) Datenschutzrechtliche Mängel bei Führerscheinstellen ...	337
	3. KFZ-Zulassungswesen	339
	a) Fahrzeugregister	339
	aa) Zweckbestimmung	340
	bb) Führung, d.h. Erhebung, Speicherung und Löschung von Registerdaten	340
	b) Registerauskünfte	341
	aa) Einfache Registerauskunft	341
	bb) Erweiterte Registerauskunft	343
	c) Datenübermittlung	343
	aa) An Behörden oder sonstige öffentliche Stellen	343
	bb) An Stellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	345
	cc) Für wissenschaftliche, statistische und gesetz- geberische Zwecke	346
	dd) Übermittlungssperren	346
	d) KFZ-Zulassung über das Internet	347
	4. Fazit	347

Inhaltsverzeichnis

	KAPITEL 10	
	Beschäftigtendatenschutz	349
I.	Datenschutz im Personalwesen	349
	1. Einleitung	349
	2. Rechtsgrundlagen	350
	3. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	350
	a) Vorgeschichte	351
	b) Verbotene Benachteiligungen	352
	c) Rechtfertigungsgründe	353
	d) Rechtsfolgen	353
	e) Auswirkungen auf den Datenschutz	354
	4. Bewerberdatenschutz	354
	a) Korrekte Stellenausschreibungen	354
	b) Der richtige Umgang mit Bewerberdaten	355
	c) Datenschutzkonformer Personal(frage)bogen	356
	d) Bewerbung auf Vorrat	357
	e) Bewerberauswahlverfahren	357
	f) Bewerbungsspiegel	358
	g) Online-Bewerbungen – E-Recruitment	358
	5. Personalaktenrecht	359
	a) Vorbemerkung	359
	b) Unterschiedliche Rechtsquellen	360
	c) Pflicht zur Führung einer Personalakte	360
	d) Zweck	361
	e) Struktur und Gliederung	361
	aa) Grund- Teil-, und Nebenakte	361
	bb) Sonderfall: Beihilfeakte	362
	f) Inhalt der Personalakte	363
	aa) formeller und materieller Personalaktenbegriff	363
	bb) Sachakten	363
	g) Grundsätze der Personalaktenführung – vier Prinzipien ..	364
	aa) Vertraulichkeit der Personalakte	365
	bb) Transparenz der Personalakte	365
	cc) Wahrheit der Personalakte	366
	dd) Vollständigkeit der Personalakte	367
	h) Vorlage und Auskunft	368
	i) Besonderheiten bei automatisierter Verarbeitung	368
	j) Aufbewahrungsfristen	369
	6. Betriebliches Eingliederungsmanagement und Datenschutz ...	370
	a) Einleitung	370
	b) Ziel	370
	c) Beteiligte Personen/Funktionseinheiten	371
	d) Datenschutzrechtliche Fragestellungen	371

Inhaltsverzeichnis

aa)	Erhebung und Weiterverarbeitung personen-	
bezogener Daten	371
bb)	Zuständigkeit für die Verarbeitung der Daten	372
cc)	Aufbewahrung der Daten	373
e)	Fazit	374
7.	Resümee	374
II.	Datenschutz am Arbeitsplatz	374
1.	Einleitung	374
2.	Rechtsgrundlagen	374
3.	Nutzung des Diensttelefons	375
a)	Telefondatenerfassung bei dienstlicher Nutzung	375
b)	Telefondatenerfassung bei privater Nutzung	377
aa)	Unterscheidung zwischen Dienstlichkeit	
und Privatheit	377
bb)	Gestattung von Privatgesprächen	377
c)	Praktische Lösungen	378
aa)	Telefonanschlüsse	378
bb)	Telekommunikationsanlagen	378
cc)	Mobilfunk-Geräte	379
d)	Mithören und Aufzeichnen von Gesprächsinhalten	379
e)	Kontrollen des Arbeitgebers/Dienstherrn	380
aa)	Vorgaben	380
bb)	Nutzungsbeschränkung	380
cc)	Konsequenzen unerlaubter privater Nutzung	381
4.	Nutzung des dienstlichen Web-Zugangs	381
a)	Gestattung von Privatnutzung	382
aa)	Grundsatz	382
bb)	Die Perspektive des Arbeitgebers/Dienstherrn	382
cc)	Die Perspektive der Bediensteten	383
dd)	Der Interessenkonflikt	384
b)	Lösungen für die Praxis	384
aa)	Alternative Möglichkeiten	384
bb)	Gestattung von Privatnutzung in geringfügigem	
Umfang	385
c)	Datensicherheit	386
d)	Konsequenzen unerlaubter Privatnutzung	386
e)	Kontrollen des Arbeitgebers/Dienstherrn	386
f)	Konsequenzen unerlaubter Kontrollen	387
5.	Nutzung des dienstlichen E-Mail-Accounts	388
a)	Rechtsnatur und gegenwärtiger Standard	388
b)	Gefahren bei der E-Mail-Nutzung	388
c)	Sicherheitsmaßnahmen	389
aa)	Verschlüsselung	389

Inhaltsverzeichnis

	bb) Digitale Signaturen	389
	cc) Praktische Probleme	390
	d) SPAM	391
	e) Gestattung von Privatnutzung	392
	aa) Gefährdungspotenzial	392
	bb) Konsequenzen	393
	cc) Lösungsvorschläge	393
	(1) Passwortgeschützte Ordner	393
	(2) Getrennte E-Mail-Adressen	393
	(3) Web-Mail	394
	(4) Akzeptanz der Privatnutzung des dienstlichen Account	394
	6. Ausblick	395
III.	Datenschutzgerechte Telearbeit	395
	1. Einleitung	395
	2. Begriff und Formen der Telearbeit	396
	a) Isolierte Telearbeit	396
	b) Alternierende Telearbeit	397
	c) Satelliten- oder Nachbarschaftsbüros	397
	3. Geeignete Tätigkeitsbereiche	397
	4. Die besondere datenschutz- und sicherheitsrelevante Problematik	398
	5. Technische und organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit	399
	a) Vertraulichkeit	400
	b) Integrität	401
	c) Verfügbarkeit	402
	d) Authentizität	402
	e) Revisionsfähigkeit	402
	f) Sicherheitskonzept	403
	6. Administrative Maßnahmen zum Datenschutz	403
	a) Eignung sensibler Daten zur Verarbeitung an Telearbeitsplätzen	403
	b) Vereinbarungen und Regelungen zum Datenschutz	404
	aa) Regelungsgegenstand	405
	bb) Regelungsformen	405
	(1) Mitbestimmung und Dienstvereinbarungen	405
	(2) Einzelvereinbarung zwischen Arbeitgeber/ Dienstherrn und Telearbeitendem	406
	(3) Keine abweichenden Rechtsfolgen trotz unter- schiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	406
	7. Einsatz geeigneter Kontrollmechanismen	407
	a) Kontrollorgane	407

Inhaltsverzeichnis

b)	Gewährung eines Zutrittsrechts	407
c)	Ausgestaltung des Zutrittsrechts	408
8.	Ausblick	408
IV.	Datenschutz bei Zeiterfassungssystemen	409
1.	Einleitung	409
2.	Behördliche Zeiterfassung als Gestaltungselement des Arbeitnehmerdatenschutzes	410
a)	Maßstab	410
b)	Zeiterfassungsdaten als Sachakten-Daten	410
3.	Datenschutzrechtliche Fragestellungen der behördlichen Zeiterfassung im Einzelnen	412
a)	Einführung behördlicher Zeiterfassungssysteme	412
b)	Beteiligung der Personalvertretung	412
c)	Unterschiedliche Zeiterfassungssysteme in der Praxis	413
aa)	Verwendung von Personalkenn-Nummern (PIN)	413
bb)	Verwendung von Transponderkarten	413
cc)	Verknüpfung von Zeiterfassungssystemen und Zutrittskontrollsystemen	414
dd)	Verwendung biometrischer Daten	415
d)	Die Auswertung der erhobenen Arbeitszeitdaten	417
aa)	Auswertung durch die personalverwaltenden Stelle ...	417
bb)	Information der betroffenen Bediensteten	418
cc)	Auswertung durch den Fachvorgesetzten	419
dd)	Zugriff der Personalvertretung	419
4.	Vorgaben für eine Dienstvereinbarung	420
V.	Die Datenschutzfunktion der Personalvertretung	420
1.	Der Personalrat als Organisationseinheit der Verwaltung	421
2.	Datenschutzgerechtes Handeln des Personalrates	421
a)	Organisation	421
aa)	Räumliche Gegebenheiten	421
bb)	Ausstattung der Arbeitsplätze	421
b)	Der Umgang mit den Daten der Bediensteten	422
3.	Beaufsichtigung der Beachtung des Datenschutzes in der Dienststelle	423
a)	Kontrollbefugnis	423
b)	Beteiligungsrechte	423
4.	Dienstvereinbarungen	424

KAPITEL 11

	Datenschutz bei kommunalen Belangen	425
I.	Die Kommune im Internet	425
1.	Kommunale e-Government-Anwendungen	425

Inhaltsverzeichnis

a) Einleitung	425
b) Erscheinungsformen von e-Government	426
c) Bedrohungen für und durch e-Government-Anwendungen	427
aa) Generelle Gefahren	427
bb) Spezielle Gefahren	428
d) Rahmenbedingungen für e-Government-Anwendungen ...	428
aa) Personenbezogene Daten im e-Government	428
bb) Rechtliche Rahmenbedingungen	430
(1) Allgemeine Grundsätze	430
(2) Spezielle Grundsätze	431
cc) Technische und organisatorische Rahmenbedingungen .	432
e) Einzelbeispiele	433
aa) Onlinezugriff auf das Melderegister	434
bb) Reservierung von KFZ-Wunschkennzeichen	434
cc) Bücherei-Nutzungen	435
dd) Elektronische Strafanzeige	435
f) Zusammenfassung	436
2. Gestaltung von Webseiten	436
a) Impressum	436
aa) Anbieterkennzeichnung	437
bb) Datenschutzerklärung	438
b) Bedienstetendaten im Internet	438
c) Weiterleitung an Dritte (externe Links)	440
aa) Kennzeichnung	440
bb) Haftungsausschluss durch Verwendung eines „Disclaimers“	440
3. Die Virtuelle Poststelle	442
a) Idee	442
b) Rechtliche Grundlage	442
c) Verschiedene Arten der Signatur und ihre Qualität	443
aa) Fortgeschrittene Signatur	443
bb) Qualifizierte Signatur	443
d) Systemarchitektur	444
aa) Verschlüsselung und Signatur	444
bb) Qualifizierte Signatur und Behördenzertifikat	444
e) Begriffe	445
aa) OSCI	445
bb) Governikus	446
cc) Govello	446
dd) Julia-Mail-Gateway	447
f) Beschreibung des Verfahrens	447
g) Organisatorische Maßnahmen	449

Inhaltsverzeichnis

4.	Datenverarbeitungsregeln	450
a)	Einleitung	450
b)	Anonyme und pseudonyme Nutzungsmöglichkeiten	450
aa)	Gesetzliche Vorgaben	450
bb)	Umsetzung	451
c)	Unterrichtung des Nutzenden	451
aa)	Gesetzliche Vorgaben	451
bb)	Umsetzung	452
d)	Einwilligung	453
aa)	Gesetzliche Vorgaben	453
bb)	Umsetzung	453
e)	E-Mail	454
f)	Elektronische Antragsstellung	454
g)	Auskunftsrechte	455
aa)	Gesetzliche Vorgaben	455
bb)	Umsetzung	455
II.	Auftragsdatenverarbeitung	455
1.	Die besondere Situation	455
a)	Gegenstand und Ziele	455
b)	Outsourcing	456
c)	Beispiel Aktenvernichtung	457
2.	Gesetzliche Grundlagen	457
a)	Allgemeine Grundsätze	457
b)	Abgrenzung zur Funktionsübertragung	457
c)	Fallgruppen	458
aa)	Auslagerung der Datenverarbeitung	458
bb)	Auslagerung von Aufgaben	459
(1)	Vollständige Überleitung einer Aufgabe in die Zuständigkeit einer anderen Stelle	459
(2)	Öffentliche Stelle bleibt Trägerin der Aufgabe und benutzt zu ihrer Erfüllung private Stellen ...	460
cc)	Sonderfälle	461
d)	Bereichsspezifische Sonderregeln – insbesondere für Sozial- und Gesundheitsdaten	461
e)	Europarechtliche Rahmenbedingungen	462
3.	Beteiligte	462
a)	Auftraggeber	462
b)	Auftragnehmer	462
4.	Die vertragliche Regelung	463
a)	Vertragstyp	463
b)	Verantwortlichkeit des Auftraggebers	463
c)	Datenschutzrechtliche Leistungspflichten der Vertragsparteien	465

Inhaltsverzeichnis

d)	Vertragsbeendigung	467
e)	Praktische Beispiele der Vertragsgestaltung im kommunalen Bereich	468
aa)	Private Auftragnehmer	468
bb)	IT-Rechenzentren	468
cc)	Wartungs- und Fernwartungsverträge	469
5.	Gefahren und Risiken in der Praxis	470
III.	Videüberwachung	471
1.	Einleitung	471
a)	Begriffsbestimmung	471
b)	Utopische Literatur	471
c)	Teil der deutschen Geschichte	472
2.	Die aktuelle Realität	472
a)	Öffentliche Forderungen	472
b)	Objektive Geeignetheit zur Wahrung von Sicherheit	473
c)	Subjektive Wahrnehmung von Videüberwachung in der Bevölkerung	473
d)	Technische Entwicklungen	474
3.	Der rechtliche Rahmen	474
a)	Maßnahmen der Polizei	474
aa)	Strafverfolgung	474
bb)	Gefahrenabwehr	475
b)	Videüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	475
aa)	§ 6b BDSG	475
bb)	§ 29b DSG NRW	477
c)	Videüberwachung privater Bereiche durch Kommunen ..	478
d)	Abwägungsmaßstab „Allgemeines Persönlichkeitsrecht“ ..	478
e)	Videüberwachung am Arbeitsplatz	480
4.	Sicherheitskonzeptionen	480
5.	Ausblick	481
IV.	Datenschutzgerechte Befragungen	481
1.	Datenschutzrechtliche Grundlagen	481
a)	Freiwilligkeit	481
b)	Datenvermeidung	483
c)	Zweckbindung	483
d)	Keine Re-Identifizierung	484
e)	Befristete Nutzung	485
f)	Erforderlichkeit der Übermittlung	485
2.	Befragungselemente	486
a)	Aufklärung und Einwilligung	486
b)	Fragebögen	486
c)	Rückantwortschreiben (Adressbogen)	487
d)	Abgabeverfahren	487

Inhaltsverzeichnis

e) Auswertung	487
f) Datenvernichtung	487
3. Ablauf von Befragungen	488
a) Organisatorische Maßnahmen im Vorfeld	488
b) Befragung und Auswertung	488
c) Folgebefragungen im Rahmen einer Langzeitstudie	489
4. Besonderheiten bei der Beauftragung Dritter	489
5. Besonderheiten bei elektronischer Befragung	490
a) Verschlüsselung	490
b) Cookies	490
c) Speicher- und Ablageort	490

KAPITEL 12

Datenschutzkontrolle und Aufsicht 493

I.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	493
	1. Bestellung und Aufgaben eines Datenschutzbeauftragten	493
	a) Aufgaben	494
	b) Befugnisse	497
	c) Unterrichtungspflicht der Organisationseinheiten	497
	d) Organisatorische und fachliche Anbindung	498
	e) Datenschutz-Service für andere Stellen	498
	f) Persönliche Voraussetzungen	498
	2. Dezentrale Unterstützung datenschutzgerechten Handelns ..	499
	3. Der Beauftragte für IT-Sicherheit	500
	4. Aufgaben in Querschnittsbereichen, die besonders den Datenschutz berühren	500
	5. Fachbereichsinterne Systemadministration	502
	6. Tätigkeitsbericht	502
	7. Kommunale Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	503
	8. Schulen	503
II.	Allgemeine Datenschutzaufsicht	503
	1. Der öffentliche Bereich	504
	a) Aufgaben	505
	b) Kontrollbefugnis	505
	c) Beanstandung	506
	d) Anrufung durch Bürger	507
	e) Datenschutzbericht	508
	f) Beauftragter für Informationsfreiheit	509
	2. Der nicht-öffentliche Bereich	509
	a) Weisungsgebundenheit und Unabhängigkeit	510
	b) Datenschutzkontrolle	511

Inhaltsverzeichnis

c) Sanktionsmöglichkeiten	512
3. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informations- freiheit	512
a) Amt	512
b) Aufgaben	513

KAPITEL 13

	Dienstanweisung/Geschäftsordnung	515
I.	Notwendigkeit	515
II.	Rechtscharakter	516
III.	Struktur und Umfang	516
IV.	Regelungsinhalte	518
	1. Rahmenvorgaben	518
	2. Hinweise zum Inhalt	519
	a) Allgemeines	519
	b) Datenschutz-Zuständigkeit und -Verantwortlichkeit	519
	c) Amtsinterne Datenschutz-Relevanz	522
	3. Anlagen	522
V.	Beispiel einer Geschäftsordnung Datenschutz	523

KAPITEL 14

	Technischer Datenschutz: Datensicherheit	535
I.	Datensicherheit und IT-Sicherheit	535
	1. Bedeutung	535
	2. Begriffe	535
	a) IT-Sicherheit	535
	b) Datensicherheit (technischer Datenschutz)	537
	3. Gemeinsamkeiten von IT-Sicherheit und Datensicherheit	538
	a) Identität der Maßnahmen	538
	b) Teilidentität der Aufgaben	539
	4. Schlussfolgerung	540
II.	Organisatorischer und technischer Datenschutz: Parameter	540
III.	Sicherheitskonzeptionen	541
	1. Erfordernis eines IT-Sicherheitskonzeptes	542
	2. Grundlagen eines IT-Sicherheitskonzeptes	543
	a) Allgemeine Grundstruktur	543
	b) Konkretisierung	543
	c) Vorgesehene Maßnahmen	544
	d) Festlegung des IT-Sicherheitsniveaus	544
	3. Erstellung des Sicherheitskonzeptes	546
	a) Zielrichtung	546

Inhaltsverzeichnis

b)	Allgemeiner Grundschutz	546
c)	Arbeitsplatzebene	548
d)	Zentralrechnerebene	548
e)	Automatisierte Verfahren	549
f)	Administration	549
g)	Revision und Kontrolle	549
h)	Notfallvorsorge	550
i)	Schwachstellen/Risikoanalyse	550
j)	Fortschreibung	550
4.	Umsetzung des Sicherheitskonzeptes	550
5.	Fazit	551
IV.	Organisatorische und technische Bedingungen eines datenschutzgerechten technikunterstützten Arbeitsplatzes	551
1.	Arbeitsplatzrechner – Ausstattung, Aufstellung und Betrieb ..	551
2.	Datenträger	552
3.	Drucken – Kopieren – Scannen	553
a)	Druck- und Kopiersysteme	553
b)	Scanner	554
c)	Multifunktionssysteme	554
4.	Datenschutzgerechter Umgang mit Telefax	555
a)	Einleitung	555
b)	Risiken der Nutzung von Telefaxdiensten	555
aa)	Offener Versand	555
bb)	Irrläufer	555
cc)	Manipulation	556
dd)	Kein Abgangs-/Zugangsbeweis	556
c)	Hinweise zum datenschutzgerechten Umgang mit dem Telefax	557
d)	Besonderheit: Verwaltungsakt per Fax?	558
5.	Altakten- und Datenträgervernichtung	559
a)	Der Begriff der Löschung	559
b)	Technische Vorgaben	560
aa)	Vernichtung von Schriftgut	560
bb)	Vernichtung von Filmen/Mikrofilmen	561
cc)	Vernichtung von Magnetdatenträgern	561
dd)	Vernichtung von CD-ROM/DVD-Medien	563
ee)	Wechseldatenträger	563
c)	Organisatorische Maßnahmen	564
d)	Informationsvernichtung im Auftrag	565
6.	Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter	566
V.	Die datenschutzgerechte IT-Infrastruktur der Kommune	567
1.	Hostsysteme	567
2.	Netzwerke/Client-Server-Systeme	567

Inhaltsverzeichnis

3. Das Intranet	569
4. Einsatz datenschutzgerechter Software	569
a) Grundsätzliches zur Vorabkontrolle	570
b) Besonderheiten	571
c) Prüfungsumfang	572
d) Check-Liste	573
aa) Prüfung, ob bestimmte Grundangaben vorhanden sind	573
bb) Prüfung der Zweckbestimmung und Rechtsgrundlage .	574
cc) Prüfung, ob die Rechte der betroffenen Person	
gewahrt sind	574
dd) Ermittlung von Risikofaktoren für einen Missbrauch	
der Daten (Bedrohungsanalyse).	574
ee) Beurteilung der möglichen Folgen bei missbräuch-	
licher Verwendung der Daten (Risikoanalyse).	576
ff) Angaben zur Technik des Verfahrens	576
gg) Abgleich der Risikofaktoren mit den getroffenen	
Sicherheitsmaßnahmen	576
e) Durchführung der Vorabkontrolle	576
5. Dokumentenmanagementsysteme	577

KAPITEL 15

**Datenschutz im nicht-öffentlichen
(privaten) Bereich des kommunalen Umfelds** 579

I. Unterschiedliches Datenschutzrecht im privaten und im öffentlichen Bereich – Verfassungsrechtliche Ursachen	579
II. Relevanz für den kommunalen Sektor	580
III. Anwendungsbereich und Grundzüge der Regelung des BDSG ..	581
1. Adressat	581
2. Wesentlicher Inhalt der gesetzlichen Regelung	582
a) Datenumgang für eigene Geschäftszwecke	582
b) Datenumgang für fremde Geschäftszwecke und Daten-	
verarbeitung im Auftrag	584
c) Besondere Zulässigkeitstatbestände	584
d) Beschäftigtendatenschutz	585
e) Informationspflicht bei unrechtmäßiger Kenntnis-	
erlangung von Daten	586
IV. Unterschiede zum Landesrecht	586
V. Aktuelle Entwicklung zur Modernisierung des nicht-öffentlichen Datenschutzes	588
1. Stärkung des Datenschutzniveaus im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich	588

Inhaltsverzeichnis

2. Gleichbehandlung von öffentlichem und nicht-öffentlichem Bereich	589
---	-----

KAPITEL 16

Europäisches Datenschutzrecht 591

I. Einleitung	591
II. Europäische Rechtsquellen zum Datenschutz	591
1. Primärrecht	591
2. Sekundärrecht	592
a) EU-Datenschutzrichtlinie	593
b) EU-Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation	595
c) EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten	597
III. Datenschutzbeauftragter der EU	598
IV. Datenschutzrechtliche Vorhaben und Projekte	599
1. Rahmenbeschluss zum Datenschutz bei polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit	599
2. Entwicklungen im Arbeitnehmerdatenschutz	600
3. Private Initiativen in einzelnen europäischen Staaten	601
V. Ausblick	602

KAPITEL 17

Öffentliches Informationszugangsrecht 605

I. Öffentliches Informationszugangsrecht als Paradigmenwechsel ..	605
1. Das Informationszugangsrecht im engeren Sinn	605
2. Transparenz der Verwaltung	605
a) Amtsgeheimnis und Öffentlichkeit der Verwaltung	605
b) Verfassungsrechtliche Grundlagen	606
c) Recht der Europäischen Union	608
3. Zielsetzungen	608
II. Allgemeines Informationszugangsrecht:	
Das Informationsfreiheitsgesetz auf Landesebene	609
1. Der Anspruch auf Zugang zu Informationen	609
a) Inhalt	609
aa) Anspruchsgegner	610
bb) Begriff der Verwaltungstätigkeit: Verwaltungstätigkeit durch Personen des Privatrechts	611
cc) Gegenstand des Auskunftsrechts	612
b) Verhältnis zu besonderen Rechtsvorschriften: Sperrwirkung oder Ergänzung?	613

Inhaltsverzeichnis

aa) Spezialität	613
bb) Verhältnis Landesrecht/Bundesrecht	615
2. Einschränkungen des Anspruchs	615
a) Schutz öffentlicher Belange	616
b) Behördlicher Entscheidungsbildungsprozess	616
c) Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	618
d) Schutz personenbezogener Daten	619
e) Kritik	620
3. Verfahrensfragen	621
a) Form und Bestimmtheit des Antrags	621
b) Antragsbefugnis	621
c) Frist	621
aa) Gesetzliche Voraussetzungen	621
bb) Konsequenzen der Fristüberschreitung	622
d) Art der Informationsgewährung	623
e) Die ablehnende Behördenentscheidung	624
aa) Rechtsnatur	624
bb) Rechtsschutz des Antragstellers	624
cc) Rechtsschutz des betroffenen Dritten	625
4. Antragsunabhängige Informationspflichten und Statistiken ...	625
5. Entgeltlichkeit	626
III. Der besondere Informationszugangsanspruch nach dem Umweltinformationsgesetz	627
1. Vorbemerkung	627
2. Systematik	628
3. Anspruchsinhalt	628
a) Anspruchsgrundlage	628
b) Anspruchsberechtigung	629
c) Anspruchsgegner	630
d) Gegenstand des Anspruchs	631
4. Beschränkungen	631
a) Der Schutz öffentlicher Belange	631
b) Schutz privater Belange	632
5. Verfahrensfragen	632
6. Kosten	633
IV. Der besondere Informationszugangsanspruch nach dem Verbraucherinformationsgesetz	634
1. Gesetzgebungsverfahren	634
2. Gegenstand der Neuregelung	635
3. Der Anspruch auf Zugang zu Informationen für den Verbraucher	635
a) Inhalt	635
aa) Zuständige Stellen	636

Inhaltsverzeichnis

bb) Gegenstand des Auskunftsrechts	636
(1) Verstöße gegen das Lebensmittelrecht	637
(2) Risiken für Gesundheit und Sicherheit	637
(3) Kennzeichnung und Beschaffenheit von Erzeugnissen	638
(aa) Kennzeichnung	638
(bb) Herkunft und Beschaffenheit	638
(cc) Herstellung und Behandlung	639
(4) Ausgangsstoffe und Verfahren	639
(5) Verbraucherschützende Maßnahmen	640
b) Verhältnis zu anderen Vorschriften	640
4. Einschränkungen des Anspruchs	640
a) Entgegenstehende öffentliche Belange	641
aa) Staatliche Sicherheitsbelange	641
bb) Laufende Verfahren	641
cc) Weitere öffentliche Ausschlussgründe	642
b) Entgegenstehende private Belange	642
aa) Personenbezogene Daten	642
bb) Geistiges Eigentum	643
cc) Betriebs-/Geschäftsgeheimnisse	643
dd) Gesetzliche Meldepflichten	644
c) Missbräuchliche Begehren	644
d) Allgemein zugängliche Quellen	645
5. Verfahrensfragen	645
a) Form und Bestimmtheit	645
b) Antragsbefugnis	645
c) Frist	645
d) Ablehnende Behördenentscheidung	646
e) Art der Informationsgewährung und Inhalt	646
6. Entgeltlichkeit	647
7. Zur Veröffentlichung von Verstößen im Internet	648
8. Fazit	649
Literaturverzeichnis	651
Stichwortverzeichnis	663